

Hohenstein-Ernstthal Tagesblatt

Amtsblatt



Anzeiger

für
Das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal mit Gattengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Gallsberg, Grumbach, Eirchheim, Rufschnappel, St. Egidien, Wilsenbrand, Erlina, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Außdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 15.15 Mk., monatlich 5.05 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 21. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postfach-Konto: Leipzig 28464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechspaltige Korpusbreite 75 Pfg., auswärts 75 Pfg., im Reklamefall 2.00 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiges Nachlaß. Anzeigenaufgabe durch Kernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt das volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 129

Montag, 7. Juni 1920

70. Jahrg.

Die Umbildung der Reichswehr.

Bei den Beratungen des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers mit den Reichswehrgenerälen wurden grundlegende Bestimmungen über die fernere Gestaltung und die Entpolitisierung der Reichswehr festgestellt. Es werden zuverlässigen Informationen zufolge von allen Offizieren der Reichswehr in Zukunft verbindliche Erklärungen über ihre Einstellung zur verfassungsmäßigen Regierung verlangt, bevor ihre Ernennung vollzogen werden wird. Die Anforderungen sind sachgemäße Anwendung auch für die jetzigen Offiziere der Reichswehr.

Reichswehrminister Geßler tritt unmittelbar nach den Wahlen eine weitere Inspektionsreise durch die Reichswehrorganismen des Reiches an.

Die bayrische Reichswehr und der Rapp-Putsch.

„Bayr. Kurier“ hat die dienstliche Aufklärung über das Verhalten der Reichswehroffiziere während der Märzvorgänge beim Wehrkreis-Commando 7 in seinem einzigen Falle ein verfassungswidriges Verhalten von Reichswehroffizieren festgestellt. Insbesondere ist erwiesen, daß von den in den genannten Dokumenten der Konterrevolution genannten bayrischen Reichswehroffizieren keiner ein dem Rapp'schen Unternehmen beteiligt gewesen ist.

Die verfassungstreue Reichswehr.

Ueber die Besprechung des Reichswehrministers mit den Reichsgruppenkommandeuren und Wehrkreis-Commandeuren teilt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit, daß mit Ausnahme des Ruffrevertiers, wo die schwache Besetzung der Garnison infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages Deutschland vor eine besonders schwierige Aufgabe stellt, und gewisser Teile Mitteldeutschlands die Lage zurzeit als beruhigt angesehen werden kann. Nicht zu verkennen ist, daß infolge der Wahlpropaganda eine außerordentlich große Nervosität herrsche, so daß durch irgend eine Unvorsichtigkeit oder durch örtliche Ereignisse der glimmende Funke zur hellen Flamme ausschlagen könne. Wichtigste Aufgabe aller in der Öffentlichkeit stehenden Persönlichkeiten wurde angeordnet, nach Kräften beruhigend einzuwirken. Einen breiten Raum nahm auch die Erörterung der wirtschaftlichen Interessen der Wehrmacht ein. Die einheitliche Führung der Reichswehr und ihr treues Zusammenhalten auf dem Boden der Verfassung könne als verbürgt angesehen werden.

Gewerkschaften und Reichstagswahlen.

Die Gewerkschaftskommission hat für den heutigen Montag eine Sonderberatung einberufen, um zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. In der Freitagsberatung der Gewerkschaften wurde nach einem Referat Dümmigs eine Entschließung angenommen, daß die Beteiligung Gewerkschaftsangehöriger an einer sozialistisch-bürgerlichen Koalitionsregierung nicht länger für zulässig anzusehen sei und daß die Verantwortung für die drohenden Gefahren der Regierung Ebert-Müller zuzuschreiben seien.

Der allmähliche Abbau der Zwangswirtschaft.

Nach einer Mitteilung aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft über den Abbau der Zwangswirtschaft sind bis 1. Juli aufgelöst sein der Kriegsausgleich für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel und die Kriegsstaatsobergrenze. Die Kriegsnährmittelsgesellschaft wird in wenigen Monaten, die Reichsstelle für Gemüse und Obst zum 1. August ihre bewerkstelligende Tätigkeit ganz eingestellt haben.

Die Einfuhr von frischem Gemüse soll spätestens vom 28. Juni ab erfolgen. Ferner ist die beschleunigte Auflösung der Reichsverteilungsstelle für Nahrungsmittel und Eier und der beschleunigte Abbau des Reichskommissariats für Fischverföhrung angeordnet worden. Die Zentralstelle zur Beschaffung der Seereserve wird bis zum 15. August soweit aufgelöst sein, daß nur noch eine kleine Abwicklungsstelle übrig bleibt.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Weltwirtschaft wird der beschleunigte Abbau des Reichsausschusses für Dele und Fette erfolgen. Die Reichsuntermittelsstelle ist vollkommen aufgelöst.

Endlich soll bei der Neuregelung der Kartellversorgung eine wesentliche Verringerung der bisherigen Zwangsbewirtschaftung eintreten.

Fachgruppen und Unternahmergewerkschaft.

Bekanntlich hatte die Hauptversammlung des Hansabundes einen Aufruf erlassen, in dem sie zu einem Ausbaur des Hansabundes als Unternahmergewerkschaft unter Weiterarbeit auf seiner bisherigen Grundlage aufforderte. Für das Gelingen dieses Planes war aber auch die Stellungnahme der Fachgruppenverbände von wesentlicher Bedeutung. Letzter Tage fand nun in Berlin zur Aussprache über diese Frage eine Versammlung statt, an der Vertreter von über hundert Fachgruppen teilnahmen. Die Versammlung selbst war vertraulich, doch kann als Ergebnis die einheitliche Zustimmung der Anwesenden zu der Anregung des Hansabundes berichtet werden, ebenso, daß die nicht eingeladenen Fachgruppen ihre Zustimmung schriftlich erklärt hatten.

Die Abstimmung in Ostpreußen.

Der deutsche Reichs- und Staatskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet in Allenstein teilt mit, daß die interalliierte Kommission Sonntag, den 11. Juli 1920, als Tag der Abstimmung in Regierungsbezirk Allenstein und im Kreise Oletzko festgesetzt habe.

Uebergriffe der Franzosen in Gleiwitz.

Nach einer wüsten Schlägerei zwischen französischen Soldaten und Mitgliedern einer geschlossenen Angewandtschaft stürmten am Donnerstag 150 Franzosen, wie die „Breslauer Morgenzeitung“ meldet, eine in der Nähe gelegene Polizeiwache und richteten die Beamten über die Hilfe gerühmte Sicherheitspolizei geriet mit den Franzosen zusammen. Schließlich ergreifen die Franzosen die Flucht. Freitag abend fand eine große Kundgebung der Gleiwitzer Arbeiter statt, welche die Entwaffnung der Franzosen außerhalb des Dienstes verlangt. Der Gleiwitzer Magistrat sandte Telegramme an die Regierung, an den Geschäftsträger der Alliierten in Berlin, sowie an die Entente-Kommission in Brüssel mit dem Ersuchen, sofort einzugreifen, da der Magistrat nicht mehr Herr der Lage sei.

Scharfer Protest gegen die Clausen-Linie.

Wie die „Hamburger Nachrichten“ melden, hat der Vertrag über Schleswig in Flensburg tiefste Empörung hervorgerufen. Die Flensburg-Stadtvertretung hat eine Entschließung angenommen, in der die städtischen Kollegien auf das schärfste einmütig dagegen Widerspruch erheben, daß die Clausen-Linie als die neue Grenze festgesetzt wird. Sie entspräche nicht dem nationalen Besitzstand und werde zu dauerndem Streit beider Völker neuen Anlaß geben. Sie fordern den gleichen Schutz der nationalen Minderheiten beiderseits der Grenze.

Vertagung der Konferenz von Spa.

„Matin“ bestätigt, daß die Vertagung der Konferenz von Spa höchstwahrscheinlich sei und nennt als Tag des Zusammentritts den 5. oder 6. Juli.

Vorkonferenz der Alliierten in Brüssel?

Wie aus Rom gemeldet wird, werden sich auf Veranlassung Italiens die Alliierten wahrscheinlich am 18. Juni in Brüssel zu einer Besprechung zusammenfinden. Die Ministerpräsidenten von Italien, Belgien, Frankreich und England werden an dieser Besprechung teilnehmen und sich von Brüssel nach Spa begeben, um dort voraussichtlich am 21. Juni mit dem deutschen Reichskanzler zusammenzutreffen. Japan wird an diesen Besprechungen nicht teilnehmen, da es an der Frage der Entschädigung nicht interessiert ist.

Amerika auf der Brüsseler Finanzkonferenz nicht vertreten.

Wie aus London gemeldet wird, teilte der Völkerverbund mit, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihr Bedauern ausgesprochen hat, nicht imlande zu sein, offizielle Vertreter zur Brüsseler Finanzkonferenz zu entsenden. Es werden inoffizielle Vertreter ernannt werden, um über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Amerikas Aufklärungen zu geben.

Lloyd George und Krasfin.

Laut „Manchester Guardian“ wird die nächste Zusammenkunft Krasfins mit Lloyd George am Montag nachmittag stattfinden. Man erwartet, daß Krasfin imlande sein wird, die von Lloyd George geforderten Bedingungen zu bewilligen.

Die internationale Anleihe.

Nach einer holländischen Blättermeldung wird sich Holland mit 12½ Millionen Gulden an der internationalen Anleihe für die mitteleuropäischen Staaten beteiligen.

Kontrolle der deutschen Finanzen.

Nach einer Pariser Meldung teilte im Finanzauschuß der Kammer die Regierung mit, daß nach ihrer Auffassung Finanzkredit internationaler Art an Deutschland nur gewährt werden würden, wenn Deutschland sich bemühe, Ordnung in seine Finanzwirtschaft zu bringen, und ausdrücklich das Kontrollrecht der Alliierten über die deutsche Finanzverwaltung anerkenne.

Nach einer Meldung aus Kreisen der Entente-Kommission ist von dem Alliiertenrat ein Bericht über die deutsche Finanzwirtschaft und die Steuerhältnisse in Deutschland eingeholt worden, der noch vor der Konferenz in Stra den alliierten Kabinetten vorliegen wird.

Keine Herabsetzung der Besatzungsarmee.

„Echo de Paris“ meldet, daß der militärische Beirat der Alliierten unter dem Vorsitz Fochs gewünschte Herabsetzung der Besatzungsarmee abgelehnt habe.

Der Alliiertenrat und die Abgeordneten der Abstimmungsgebiete.

„Temps“ meldet: Der Alliiertenrat verhandelt über die Frage der Zulässigkeit einer Teilnahme der bisherigen Abgeordneten aus den deutschen Abstimmungsgebieten an den Sitzungen des neuen deutschen Reichstages. Dem Alliierten-Rate liegt ein Antrag vor, zu erklären, daß das Wahlrecht in den Abstimmungsgebieten bis zur Entscheidung über die staatsgerichtliche Zugehörigkeit dieser Gebiete ruht, und deshalb auch die Mandate der bisherigen Abgeordneten zur Nationalversammlung endgültig erloschen seien.

Französischer Widerspruch gegen den „Friedensvertrag“ mit Oesterreich.

Die französische Senatskommission für Auswärtiges beriet Freitag den Friedensvertrag mit Oesterreich. Der offizielle Bericht beschränkt sich auf die Mitteilung, daß die Kommission dem Senat empfehle, die Ratifikation sobald als möglich vorzunehmen. Der „Matin“ aber erklärt, gegen den Friedensvertrag mit Oesterreich wurde allgemein heftiger Widerspruch laut. Zwar müßte sich die Senatskommission damit begnügen, vor einer vollendeten Tatsache zu stehen, aber sogar der Berichterstatter der Kommission erklärte, daß man mit diesem Friedensvertrag nicht viel anfangen könne. Man sollte aber erwägen, wie man die völlige Balfanisierung von Mitteleuropa vermeiden könne. Zahlreiche Senatoren verlangten Aufklärung. Nur mit geringer Stimmenmehrheit wurde der Vertrag angenommen. Vor Ende Juni wird die Kommission kaum den Vertrag dem Plenum zustellen.

Der Anschlußgedanke in Oesterreich.

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft, unter welchem Namen sich eine große Anzahl von Oesterreichern zur Verwirklichung des Anschlusses an Deutschland zusammengefaßt haben, er-

läßt einen programmatischen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Der staatliche und wirtschaftliche Zusammenbruch des Deutschen Reiches und Oesterreichs ist eine Lebensnotwendigkeit für das gesamte deutsche Volk. Darum darf die Frage der staatlichen Einigung aller Deutschen, bei der sie großes zu empfangen und Rechtbares zu geben haben, nie und nimmer von der jeweiligen innerpolitischen Gestaltung hängen und drüber abhängig gemacht werden. Der Zusammenschluß der deutschen Stämme soll nicht Parteisache, sondern Volkssache sein. Wie die „Reichspost“ mitteilt, traten auch zahlreiche Führer der Christlich-Sozialen für die Deutsche Arbeitsgemeinschaft ein.“

Das Ende der österreichischen Souveränität.

Der Staatskanzler Renner erklärte einem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ über die Note der Wiedergutmachungskommission u. a.: Zur Stunde sind alle Erwartungen auf Revision des Friedensvertrages gegenstandslos. Selbst jedes Stück Privateigentum ist den siegreichen Mächten verpfändet. Es bleibt allen Ländern nichts übrig, als Oesterreich gemeinsam aus der Katastrophe der Niederlage herauszuarbeiten. Wir müssen den Versuch wagen, zunächst den Wiederaufbau in Angriff zu nehmen. Die Wiedergutmachungskommission bringt uns die unzweifelhafteste Hilfe, daß der Wiederaufbau der Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen vorgeschickt wird. Das ist ein gewaltiger Vorteil, allerdings gegen gewisse Verzichte. Verjagt sie, dann geht die Souveränität tatsächlich auf die Wiedergutmachungskommission über. Keine Regierung kann eine solche Aufgabe erfüllen, wenn die Staatsgewalt dermaßen zersplittert bleibt, wie sie es heute ist. Darum konnte kein Staatsmann von Gewissen seine Unterschrift unter eine Verfassung setzen, welche die geringen Kräfte unseres Volkes rollends verzerstet wollte.

Es ist unberechtigter Optimismus, wenn Renner nur bedingt vom Verlust der österreichischen Souveränität spricht. Oesterreich hat heute schon seine Hoheitsrechte verloren und ist ein moderner Helotenstaat geworden. Wie anders konnte sonst jedes Stück Privateigentum „dem“ Feinde verpfändet sein?

Oesterreich eine Ententekolonie.

Nach zuverlässiger Quelle wird der Wiedergutmachungs-Ausschuß, dessen unumschränkte Machtbefugnis ihm zum eigentlichen Träger der Staatshoheit und Oesterreich zum Range einer Entente-Kolonie herabdrückt, seine Tätigkeit am 20. d. M. aufnehmen.

Die Unterzeichnung des ungarischen Friedens.

Der ungarische Friedensvertrag ist Donnerstag nachmittag unterzeichnet worden. Den Vorsitz auf Seiten der Alliierten führte Millerand.

Bandenunruhen im Kreise Querfurt.

Im Kreise Querfurt wurden unter Beteiligung des Landarbeiterverbandes Aktionsausschüsse gebildet. Auf deren Veranlassung erfolgte durch bewaffnete Banden aus Raumburg die Entwaffnung der Einwohnerwehren. An dieser Entwaffnungsaktion nahmen auch die Landbewohner teil, namentlich die Industriearbeiter. Requisitionen von Lebensmitteln wurden in großem Umfange vorgenommen, ebenso schwere Plünderungen und Erpressungen, u. a. in einem Falle von 30 000 Mark. Als die Reichswehr anrückte, verschwand die Bande unter Mitnahme von Reitpferden, die indessen später den Besitzern wieder zugestellt werden konnten.

Veranbarung der Weimarer Fürstengruft.

In der Nacht von Freitag zum Sonnabend wurde die Fürstengruft auf dem alten Friedhofe in Weimar erbrochen und die Sarkophagpaare Goethes, Schillers und des Großherzogs Karl Alexander herabgehoben. Vom Sarge Goethes wurde der große goldene Kranz der deutschen Frauen Prags, zu Goethes fünfzigjährigem Todestage gewidmet, gestohlen, von Schillers Sarg der silberne Kranz der Hambur-